

Wie weiter mit den Fremdsprachen?

Die Grünen fordern immersiven Sprachunterricht im ganzen Kanton. Der Regierung geht das aber zu weit.

Adrian Kamber

So prima scheint es mit dem Fremdsprachenunterricht im Kanton Solothurn nicht zu laufen. Zumindest wenn man als Massstab die Anzahl politischer Vorstösse nimmt, die in letzter Zeit deswegen gemacht wurden. Die FDP wollte das Frühenglisch von der 5. Klasse an die Oberstufe verbannen, die SVP wollte – weil ersteres nicht ohne weiteres möglich ist – gleich ganz aus dem Harmos-Konkordat austreten. Und die Grünen möchten flächendeckend im ganzen Kanton den immersiven Fremdsprachenunterricht einführen.

In ihrem Auftrag fordern die Grünen, dass die Regierung eine Aus- und Weiterbildungsstrategie für Lehrpersonen und Schulleitungen, einen Zeitplan für die Umsetzung sowie verbindliche Rahmenbedingungen für die Einführung des immersiven Unterrichts vorlegen soll. Statt «unfruchtbare Diskussionen über den Beginn des Fremdsprachenunterrichts zu führen», sei es viel wichtiger, sich Gedanken über das «Wie» des Unterrichts zu machen, so die Partei. Forschungen hätten längst gezeigt, dass immersiver Sprachunterricht «sehr effektiv und damit auch effizienter ist».

Wortgetreue Umsetzung würde Problem darstellen

Im Grundsatz sieht das auch die Regierung so. «Unsere Legislaturziele zu immersivem Unterricht, Austausch und Weiterbildung decken sich mit der Stossrichtung des Auftrags», schreibt



Der Fremdsprachenunterricht beschäftigt Politik und Schulen im ganzen Kanton Solothurn.

Bild: Bruno Kissling

der Regierungsrat in seiner Antwort. Dann kommt das Aber: «Allerdings würde eine wortgetreue Umsetzung über das Ziel hinausschiessen und die Schule vor Umsetzungsprobleme stellen.» Dadurch würde das eigentliche Ziel – immersive Sprachelemente in den Unterricht einzubinden – gefährdet.

In der Stellungnahme erklärt die Regierung, dass man bereits so einiges zur Förderung des Französischunterrichts unternehme. So hat man schon in der

letzten Legislatur das Projekt «SOPrima» lanciert, das unter anderem Austausch und Mobilität stärke. Die Kantone Solothurn und Neuenburg unterzeichneten bereits 2022 eine Absichtserklärung zur Förderung immersiver Unterrichtsformen in der ersten schulischen Fremdsprache. Am Projekt hätten bisher 17 Schulen mit mehr als 40 Lehrpersonen in unterschiedlicher Intensität und Form teilgenommen sowie ein Netzwerk mit «SOPrima»-Schulen aufgebaut.

Die Uni Genf habe das Projekt evaluiert und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Die Studie verdeutliche, wie wichtig es ist, auf zu starre Vorgaben zur Umsetzungsform zu verzichten, um eine Anpassung an lokale Begebenheiten zu ermöglichen, schreibt die Regierung. Und weiter: «Die Erkenntnisse aus dem Projekt sowie aus den Handlungsempfehlungen der Universität Genf haben uns bestärkt, den eingeschlagenen Weg fortzuführen.»

Die Einführungsphase des immersiven Französischunterrichts soll bis Ende Juli 2029 abgeschlossen sein. Ebenso sollen die Austauschaktivitäten gegenüber dem Stand Dezember 2026 bis Ende Juli 2029 verdoppelt werden.

Schulen im Kanton auf unterschiedlichem Stand

«Die Schulen im Kanton Solothurn befinden sich derzeit auf unterschiedlichen Stufen der Umsetzung des immersiven Unterrichts», heisst es in der Stellungnahme weiter. Ausgewählte Schulen werden nun als Profilschulen für immersiven Unterricht aufgebaut und fachlich begleitet, damit sie als Referenzmodelle für die kantonale Weiterentwicklung dienen können.

Als Teil des Programms «SOPrima» habe die Regierung die Pädagogische Hochschule (PH) der FHNW zudem beauftragt, massgeschneiderte Weiterbildungsangebote zu immersivem Unterrichten anzubieten.

Die entsprechenden Kurse werden vollständig vom Kanton finanziert. «So wird der Zugang zu relevanten Qualifikationen sichergestellt und die Bereitschaft zur Umsetzung immersiver Unterrichtsformen gezielt unterstützt», so das Ziel des Regierungsrats.

Da man schon viel unternehme und eine wortgetreue Umsetzung zu Problemen führen würde, empfiehlt die Regierung den Auftrag zur Ablehnung. Nun ist es am Kantonsrat, darüber zu befinden.

Nora und Elias geben den Ton an

Statistik Nora, Elias und Noah regieren Solothurn – zumindest fast. Auf jeden Fall sind es die beliebtesten Vornamen für Neugeborene im Kanton. Wie der vor Kurzem veröffentlichten Solothurner Bevölkerungsstatistik zu entnehmen ist, wurden diese Namen 2025 am häufigsten für Solothurner Babys vergeben. Bei den Mädchen steht Nora mit ganzen 16 Nennungen an der Spitze (+8 gegenüber Vorjahr). Mit je 14 Nennungen teilen sich Elias (+5) und Noah (-1) den ersten Platz bei den Jungs.

Bei den Mädchen folgt auf Rang 2 Sofia mit 15 Nennungen (+7). Ebenfalls aufs Podest geschafft hat es Alina mit 13 Nennungen. Dahinter folgen Emma und Amelia (je 12), Lina (11) sowie Mia und Elena (je 10). «Die Vorjahresspitzenreiterinnen Alea und Dua sind hingegen deutlich zurückgefallen, was die rasche Fluktuation der Namenspräferenzen illustriert», so der Statistikdienst.

Bei den Jungs ist auch der zweite Platz ein geteilter: Leano (+4) und Liam (+5) bringen es auf je 13 Nennungen. Dahinter folgen Matteo, Emilio und Mael in jeweils 10-facher Ausführung.

Im Juli gibts die meisten Babys

Die Statistik zeigt zudem deutliche saisonale Schwankungen bei den Geburten. Im Juli kamen im Kanton mit 242 Geburten die meisten Babys zur Welt, gefolgt vom August (240) und September (228). Am wenigsten Geburten wurden im April (173) und November (175) registriert. Hervorzuheben ist zudem der starke Rückgang im April (-75 gegenüber 2024), während der Juli einen deutlichen Zuwachs verzeichnete (+40). Insgesamt sind im Jahr 2025 durch Geburt 2425 Personen zur Wohnbevölkerung hinzugekommen. Das sind 15 weniger als 2024.

Müller führt bei den Nachnamen

Bei den Nachnamen hat sich übrigens wenig Überraschendes ereignet: Mit riesigem Abstand liegen die 2298 Müllers im Kanton auf der eins. Dahinter folgen 1716 Meiers und 1503 Studers. Weitere besonders häufige Namen sind Wyss (1456), Schmid (1006), Steiner (924) sowie Jäggi (881). Gegenüber dem Vorjahr zeigen sich bei den häufigsten Nachnamen laut Statistikdienst nur geringe Veränderungen – die meisten Bestände seien leicht rückläufig, was dem allgemeinen demografischen Wandel entspricht. (kam)

Heizölpreise

Menge	02.04.	09.04.
801-1499 Liter	160.90	151.20
1500-2199	155.50	145.80
2200-2999	153.40	143.70
3000-4499	149.60	139.90
4500-5999	148.50	138.80
6000-8999	148.00	138.30
9000-13'000	146.70	137.00

Swissoil Bern-Solothurn

Gastbeitrag

Nein zu Abschottung und Isolation

In den kommenden drei Jahren kommen rund 20 Initiativen vors Volk, welche in den letzten zwei Jahren eingereicht und teilweise schon als Botschaft durch den Bundesrat ausgearbeitet oder im Parlament behandelt worden sind. In meiner Kolumne will ich regelmässig die – aus meiner Sicht – für unser Land weitreichendsten Vorstösse beurteilen.

Chaos-Initiative

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» kommt am 14. Juni vors Volk und geht für mich aus zwei Gründen zu weit: Erstens wären wir das einzige Land der Welt, welches die maximale Bevölkerungszahl in der Verfassung festlegen würde. Und zweitens will die Initiative den Vertrag über die Personenfreizügigkeit mit der EU künden. Welche Folgen hätte das für die Schweiz? Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre das Ende des bilateralen Weges mit der EU. Brüssel würde auch die anderen Verträge auflösen. Die Schweiz würde unattraktiv für

Engagements aus dem In- und Ausland – was zu Stillstand führte. Warum in Unternehmen investieren, wenn keine neuen Mitarbeitenden mehr verfügbar sind? Jobs in der Pflege, in der Gastronomie, im Bau, der Landwirtschaft und der Industrie könnten nicht mehr besetzt werden. Ein erbitterter Verteilungskampf der Arbeitskräfte zwischen grösseren Unternehmen, KMU und Landwirtschaft würde entstehen.

Zudem würde die Schweiz zum Asylmagneten Europas, weil alle in der EU abgewiesenen Asylsuchenden es erneut in der Schweiz versuchen könnten, was heute aufgrund der Bilateralen II (Dublin-Abkommen) ausgeschlossen ist. Aus all diesen Gründen nennen wir die SVP-Initiative die «Chaos-Initiative», weil sie über kurz oder lang die Stabilität und Weiterentwicklung der Schweiz bedrohen würde.

Wollen wir unseren Wohlstand mit weniger ausländischen Arbeitskräften wahren, müssen wir das Potenzial im Inland

besser ausschöpfen. Das ist möglich mit einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten, der Steigerung von Teilzeitpensen oder der schrittweisen Erhöhung des Rentenalters. Zentral ist für mich auch die Befähigung des Staatssekretariats für Migration, die nicht berechtigten und kriminellen Asylsuchenden rascher auszuschaffen.

Pro-Putin-Initiative

Am 27. September werden wir über eine weitere weitreichende Initiative abstimmen, die Volksinitiative «zur Wahrung der schweizerischen Neutralität». Diese «Neutralitätsinitiative» haben wir in der Frühlingssession im Parlament behandelt. Einzig die SVP unterstützt sie – und auch hier sind es bei Weitem nicht alle. Insbesondere jene aus Armeekorps und sicherheitsnahen Kreisen lehnen das Ansinnen ab, weil sie die Konsequenzen verstehen. Der Initiativ-Text stammt von Alt-Bundesrat Christoph Blocher und will der Schweiz die Zusammenarbeit mit Ver-

teidigungsbündnissen wie der NATO, der OSZE oder der EU verbieten und uns das Sanktionsrecht gegen kriegsführende Staaten nehmen.

Mit einer Annahme würden wir die Schweiz politisch isolieren. Als konkretes Beispiel hätte die Schweiz Russland nach dem Angriff auf die Ukraine nicht sanktionieren dürfen. Deshalb nennen die Gegner die Initiative auch «Pro-Putin-Initiative», weil die Schweiz das einzige westliche Land gewesen wäre, welches Russland indirekt hätte unterstützen müssen. Der Initiant verharmlost Krieg, indem er zu glauben scheint, dass ein weiterer Artikel in der Verfassung Drohnen und Raketen abhalten würde. Aber Terrorismus und Krieg halten nicht an Landesgrenzen. Er kann urplötzlich da sein – wie wir am Beispiel Dubai gesehen haben – und dann müssen wir reagieren können.

Das bedingt gute, technische Vorbereitung und enge Zusammenarbeit mit unseren Nach-

barn und internationalen Organisationen. Wir müssen dafür nicht Mitglied dieser Organisationen werden. Wir müssen aber eine hohe Flexibilität behalten und unser Neutralitätsverständnis ausreizen können, denn Sicherheit für die Bevölkerung ist der Grundauftrag eines Landes. Deswegen lehnt das Parlament auch diese Initiative ab.

Ich stehe ein für eine offene Schweiz und für ein Erfolgsmodell, das Sicherheit durch Handlungsfreiheit garantiert – ohne ideologische Fesseln. Beim Thema Neutralität geht es um eine DNA unseres Landes. Schränken wir sie nicht unnötig ein, indem wir sie starr in die Verfassung schreiben.



Simon Michel ist Solothurner FDP-Nationalrat und Unternehmer.